

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Manuel Litzke, BSc
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Steuergeld ist kein Spielgeld – ÖH-Zusatzbudget stoppen**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2025 (Bundesfinanzgesetz 2025 – BFG 2025) samt Anlagen (108 d.B.), UG 31, in der 32. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 17. Juni 2025

Für das Jahr 2024 sind laut Angaben des Wissenschaftsressorts rund 2,045 Millionen Euro an Direktzahlungen an die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) vorgesehen. Diese Mittel setzen sich unter anderem aus etwa 200.000 Euro für Mietkosten, rund 663.000 Euro für Verwaltungsaufwand und ca. 1,2 Millionen Euro für Sozialfonds, Sozialmenüs und Beratungsprojekte zusammen.

Hinzu kommen beachtliche Eigenmittel: Der verpflichtende ÖH-Beitrag von aktuell 25,20 Euro pro Semester ist von allen Studierenden zu entrichten – auch von jenen, die vom Studienbeitrag befreit sind. Bei rund 400.000 Studenten¹ ergibt sich daraus ein Beitragseinkommen von etwa 10,1 Millionen Euro pro Semester, also rund 20,2 Millionen Euro jährlich. Zusammengenommen stehen der ÖH somit weit über 22 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, ein Betrag, der die Grundversorgung studentischer Interessenvertretung eigentlich mehr als abdecken sollte.

Dennoch tritt die ÖH nicht als serviceorientierte Interessenvertretung auf, sondern als ideologisch ausgerichteter Akteur mit klar linker Schlagseite. Dies zeigt sich etwa in der von der ÖH an der Universität Wien organisierten Veranstaltungsreihe „Kritische Einführungstage“, die vom 9. bis 26. Oktober 2023 stattfand. In einem offiziellen Newsletter an die Studenten wurde die Reihe als Möglichkeit beworben, sich kritisch mit gesellschaftlichen Strukturen auseinander-zusetzen, sich zu vernetzen und eine breite Palette linker Gruppierungen kennen-zulernen. Die Abschlussveranstaltung am österreichischen Nationalfeiertag, die sogenannte „Linke Messe“, wurde von der ÖH explizit als Gelegenheit bezeichnet, am „(Anti-) Nationalfeiertag“² politische Freundschaften zu schließen – ein symbolträchtiger Affront gegen den gesamtstaatlichen Charakter des Tages.

Ein Blick auf die beteiligten Organisationen zeigt, wie offen sich die ÖH hier mit dem Umfeld des linksextremen Milieus vernetzt. Unter den Partnern finden sich unter anderem Rosa Antifa Wien, Plattform Radikale Linke, SOS Balkanroute, Asyl in Not, Rise Up Wien, das Klimacamp sowie diverse autonome Gruppen wie Metalab oder die linksradikale Bibliothek „w23“. Auch die linksextreme Zeitung „MALMOE“ ist regelmäßig präsent.³ Besonders fällt auf, dass sich unter den Vortragenden auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) befindet – eine Institution, die durch die Erstellung des subjektiven jährlichen Rechtsextremismusberichts im Auftrag des Innenministeriums eine gewisse Deutungshoheit über

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/289726/umfrage/anzahl-der-studierenden-an-oeffentlichen-hochschulen-in-oesterreich/>

² <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/16703>

³ <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/16703>

politische Entwicklungen beansprucht, jedoch regelmäßig selbst durch linksextreme Umtriebe und enge Bande mit Akteuren des äußerst linken Spektrums auffällt.

Der Inhalt der Veranstaltungen selbst steht ebenfalls massiv in der Kritik. Themen wie „LGBTQIA in Kurdistan“, „Die rechtsextreme Gefahr von Burschenschaften“ oder „Rechtsextremismus und Männerbünde an Universitäten“ verdeutlichen die klare inhaltliche Stoßrichtung der Reihe, ebenso wie Aktionen wie ein „feministischer Layoutabend“ oder die Gestaltung „queerfeministischer Sticker“. Einzelne Veranstaltungen mussten sogar abgesagt werden, so etwa ein Vortrag von „Young Struggle Wien“, nachdem die ÖH der Gruppe aufgrund israelkritischer Äußerungen Antisemitismus vorwarf – ein Vorfall, der exemplarisch für interne Konflikte innerhalb der radikalen Linken steht.⁴

Auch außerhalb dieser Veranstaltungsreihe sorgt das politische Auftreten der ÖH regelmäßig für Kritik. Am 29. März 2025 kam es an der Universität Wien zu einem Vorfall im Rahmen der ÖH-Wahl: Vertreter des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS) wurden bei einer Unterschriftensammlung durch eine Gruppe von etwa 30 Mitgliedern des Kommunistischen Studentenverbands – Linke Liste (KSV-LiLi) physisch bedrängt und in ihrer politischen Betätigung behindert. Es wurde sogar versucht, Unterschriftenlisten zu entwenden, mutmaßlich unter Mitwirkung der damaligen Spitzenkandidatin der KSV-LiLi.⁵ Eine öffentliche Distanzierung seitens der ÖH blieb bislang aus.

Weiters kooperiert die ÖH auch mit der, laut deutschem Verfassungsschutz, offen linksextremistischen Gruppierung „Rote Hilfe“. ⁶ Diese unterstützt linksterroristische Gruppen, wie die deutsche Hammerbande und organisiert für diese Rechtshilfe bei Verfahren. Die ÖH sieht dies nicht als Hindernis gemeinsame Beratungen für Studenten anzubieten oder sich von der Gruppierung zu distanzieren, ganz im Gegenteil.⁷

Diese Vorkommnisse verdeutlichen, dass die ÖH nicht als neutrale Interessenvertretung aller Studenten fungiert, sondern sich als linkspolitisch-aktivistischer Akteur positioniert. Dass dabei verpflichtend eingehobene Beiträge aller Studenten sowie öffentliche Mittel verwendet werden, ist nicht nur mit Blick auf die demokratische Ausgewogenheit fragwürdig, sondern auch mit Blick auf die Zweckbindung öffentlicher Gelder. In Anbetracht dieser Entwicklung ist eine zusätzliche staatliche Förderung durch ein ÖH-Zusatzbudget weder sachlich begründbar noch politisch vertretbar.

⁴ <https://heimatkurier.at/linksextremismus/oeh-wien-organisiert-vernetzungstreffen-der-linksextremen-szene/>

⁵ <https://www.freilich-magazin.com/politik/linksradikele-attackierten-rfs-vertreter-an-uni-wien>

⁶ <https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Rote+Hilfe+e+V>

⁷ <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/19369>

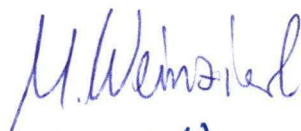
Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, sämtliche Zahlungen an die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) einzustellen.“


(LITZKE)


(Weinzierl)


(Tschank)


(Deimek)


(Schnaighofer)